

**Nr. 18/183**

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen**

**Parlamentarische Kontrolle in Deputationen verbessern**

Antrag der Fraktion der CDU

vom 29. November 2011

(Drucksache 18/140)

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung und überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss.

**Nr. 18/184**

**Verlagerung der Deputationsassistenten von den Ressorts zur Bürgerschaftskanzlei**

Antrag der Fraktion der CDU

vom 6. Dezember 2011

(Drucksache 18/151)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss.

**Nr. 18/185**

**Wohnungseinbrüche konsequent zurückdrängen**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 18. Januar 2012

(Drucksache 18/207)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Bekämpfung der Einbruchskriminalität zu einem Schwerpunktthema zu machen und hierfür eine besondere Prioritätensetzung im Bereich Prävention, Ermittlung und Strafverfolgung vorzunehmen mit dem Ziel der Beschleunigung von Reaktion und Anklage,
2. die Verbesserung des Einbruchsschutzes für Mehrfamilienhäuser nach dem Muster der Zusammenarbeit zwischen Polizei und GEWOBA weiter voranzutreiben und nach Möglichkeit weitere Wohnungsbaugesellschaften für die Verbesserung des Einbruchsschutzes und von Wohnumfeldmaßnahmen zu gewinnen,
3. zu prüfen, inwieweit es möglich ist, Vermieterinnen und Vermieter zu verpflichten, den Einbruchsschutz ihrer Wohnungsmietobjekte zu verbessern,
4. die Beratung von Mieterinnen und Mietern, Wohnungs- und Eigenheimbesitzerinnen und -besitzern zur Verbesserung des Einbruchsschutzes auch im Zusammenwirken mit Mietervereinen und Eigentümerverbänden und auf Stadtteilenebene im Zusammenwirken mit Präventionsräten, Ortsämtern, Beiräten bzw. Stadtteilkonferenzen weiterzuentwickeln,
5. das Projekt künstliche DNA zu evaluieren und auf der Grundlage ermittelter Erfolge weiterzuentwickeln,

6. Best-Practice-Modelle anderer Gemeinden und Bundesländer zur Bekämpfung von Wohnungseinbruchskriminalität zu analysieren und auf ihre Übertragbarkeit auf Bremen hin zu überprüfen, insbesondere täter- und tätergruppenbasierte Ermittlungsansätze und Konzepte zum Einsatz schlagkräftiger polizeilicher Ermittlungsgruppen,
7. zu prüfen, inwieweit es erforderlich erscheint, ein umfassendes und gegebenenfalls ressortübergreifendes Konzept zur nachhaltigen Bekämpfung von Wohnungseinbruchskriminalität für die beiden Kommunen zu entwickeln und, soweit erforderlich, umzusetzen, und
8. der Bürgerschaft (Landtag) innerhalb eines Jahres zu berichten.

## **Nr. 18/186**

### **Öffnung der Stadtbibliotheken an Sonntagen ermöglichen**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 29. November 2011  
(Drucksache 18/142)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## **Nr. 18/187**

### **Sonntagsöffnung der Bibliotheken ermöglichen**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 13. Dezember 2011  
(Drucksache 18/164)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat zu veranlassen, dass die Beratungen des Antrags des Landes Berlin „Entschließung des Bundesrates zur Sonntagsöffnung der Bibliotheken“ (BR-Drs. 511/11) in den Ausschüssen des Bundesrates durch Wiederaufruf fortgesetzt werden und dem Antrag in den Ausschüssen und im Bundesrat zuzustimmen.
2. Der Senat wird gebeten zu prüfen, wie Sonntagsöffnungen der Bibliotheken im Rahmen der zurzeit geltenden Gesetze realisiert werden können
  - a) im Rahmen eines Modellprojekts zur Evaluierung von Sonntagsöffnungen der Bibliotheken;
  - b) in Verbindung mit kulturellen Veranstaltungen wie Lesungen, Kinderstunden, Themensonntagen, Diskussions-, Film- und Theaterveranstaltungen und Ausstellungenund entsprechende Konzepte und Erwägungen der Kulturdeputation und der Bürgerschaft (Landtag) bis Ende des ersten Halbjahres 2012 vorzulegen.

## **Nr. 18/188**

### **Sanierungsvereinbarung zwischen dem Land Bremen und den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven zur Umsetzung und Einhaltung des Konsolidierungskurses 2010/2020**

Mitteilung des Senats vom 29. November 2011  
(Drucksache 18/148)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

## **Nr. 18/189**

### **Haushaltseckwerte auch für Investitionen in Bildung, soziale Teilhabe und öffentliche Strukturen korrigieren!**

Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 7. Dezember 2011  
(Drucksache 18/157)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## Nr. 18/190

### **Gesetz zur Änderung des Bremischen Abgeordnetengesetzes, des Bremischen Wahlgesetzes und des Gesetzes über die Deputationen**

Antrag des Verfassungs- und Geschäftsausschusses  
vom 9. Dezember 2011  
(Drucksache 18/160)  
2. Lesung

D a z u

### **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 10. Januar 2012**

(Drucksache 18/196)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

## Nr. 18/191

### **Städtebauförderung auf Bundes- und Landesebene erhalten!**

Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 10. Januar 2012  
(Drucksache 18/183)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## Nr. 18/192

### **Für den Zusammenhalt unserer Städte – soziale Stadtentwicklung weiterentwickeln!**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 24. Januar 2012  
(Drucksache 18/212)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Kürzung durch die Bundesregierung bei dem Programm „Soziale Stadt“ ab und fordert die Wiederaufnahme von konsumtiven Modellvorhaben in das Programm. Sie bittet den Senat, sich weiterhin dafür einzusetzen, dass der Bund wieder ausreichend Mittel für eine integrierte Stadtentwicklungspolitik bereitstellt.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet vom Senat, dass der Beteiligungsprozess bei der Entwicklung von Projekten der Programme „Soziale Stadt“ und „Wohnen in Nachbarschaften“ auf der Stadtteilebene erhalten bleibt. Das Engagement auf Stadtteilebene macht die Stärke dieser Programme aus und aktiviert die Menschen in den betroffenen Stadtteilen. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt, dass der Senat im Zuge der laufenden Haushaltsaufstellung die Komplementärmittel für die Programme der Städtebauförderung dargestellt hat.

## Nr. 18/193

### **Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Untersuchungsausschusses „Krankenhaushauskeime“**

Wahlvorschlag der Fraktion DIE LINKE

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Klaus-Rainer R u p p

anstelle der Abgeordneten Kristina Vogt zum stellvertretenden Mitglied des Untersuchungsausschusses „Krankenhaushauskeime“.

## **Nr. 18/194**

### **Mhallamiye in Bremen**

Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 29. November 2011  
(Drucksache 18/143)

D a z u

### **Mitteilung des Senats vom 10. Januar 2012**

(Drucksache 18/187)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

## **Nr. 18/195**

### **Hochschulpakt bedarfsgerecht weiterentwickeln – bundesweites Hochschulzulassungsverfahren endlich einführen!**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 30. November 2011  
(Drucksache 18/150)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:

1. Der Senat möge sich auf Bundesebene für die Weiterentwicklung des Hochschulpakts mit einer mittelfristigen verlässlichen Perspektive bis 2020 einsetzen. Dabei möge die Schaffung einer am tatsächlichen Bedarf orientierten Anzahl an Plätzen für Studienanfängerinnen und -anfänger und eine höhere Lehrqualität im Vordergrund stehen.
2. Der Senat möge sich dafür einsetzen, dass die Bundesregierung auf Grundlage der tatsächlichen Zahl von Studienanfängerinnen und -anfängern eine bedarfsgerechte Finanzierung des Hochschulpaktes sicherstellt, in der das Masterstudium berücksichtigt ist. Dabei ist den jeweiligen Bundesländern eine Finanzierungsgarantie für die geschaffenen Studienplätze zu geben.
3. Der Senat möge gemeinsam mit den anderen Ländern die Studienplatzvergabe auf der Basis eines bundesweiten Zulassungsverfahrens („dialogorientiertes Serviceverfahren“) zügig sicherstellen, sodass die Studienplatzvergabe effektiver und transparenter erfolgen kann und möglichst alle Studienplatzkapazitäten ausgeschöpft werden.

## **Nr. 18/196**

### **Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:**

1. Freiwillige Feuerwehren im Land Bremen weiter fördern  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 13. Dezember 2011  
(Drucksache 18/163)
2. Fonds für Opfer von Unrecht und Misshandlungen in der Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland in den Fünfziger- bis Siebzigerjahren  
Mitteilung des Senats vom 20. Dezember 2011  
(Drucksache 18/181)
3. Beirat Platt einrichten  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 22. Dezember 2011  
(Drucksache 18/182)
4. Facebook-Fahndung einführen  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 17. Januar 2012  
(Drucksache 18/199)